

hof | liegt es nahe, hiebei an die hl. Pusinna und

deren österreichischen Interesse scheint man dadurch Rechnung tragen zu wollen, daß ein österreichischer Erzherzog, also wohl Erzherzog Karl Stefan, in erster Linie zum König von Polen aufsteigen ist.

in Berlin, 16. Aug. Einige Blätter zeigen durch die Fassung, die sie ihren Mitteilungen über das Ergebnis der Beratung im Großen Hauptquartier über die politische Frage geben, daß sie mit der auch an dieser Stelle als wahrscheinlich angegebenen Lösung im Sinne eines selbständigen an die Mittelmächte eng angelehnten Königreichs Polen unter einem österreichischen Erzherzog bereits als mit einer feststehenden Tatsache rechnen. Es muß indes darauf hingewiesen werden — so schreibt die „Köln. Ztg.“ —, daß die deutsche Regierung noch nicht mit einer Ausrufung von erkennbarem amtlichen Ursprungs und Gewicht in diesem Sinne Stellung genommen hat, und daß auch von österreichisch-ungarischer Seite noch nichts dieser Art verlautet.

Es dürfte indes jetzt als feststehend bezeichnet werden, daß die Verhandlungen eine Verständigung zwischen der deutschen Regierung und Polen gebracht haben. Dagegen steht es noch nicht fest, ob Graf Burian seine bisher so entschieden festgehaltene Stellung im Sinne der austro-polnischen Lösung einer Revision unterzogen hat.

Es braucht nicht mehr betont zu werden, wie wünschenswert es wäre, daß die Regelung in dem angegebenen Sinne bald zustande käme, eine Regelung, die den Interessen der Mittelmächte Rechnung trägt, in Polen Ruhe und Ordnung schafft, ein ersprießliches nachbarliches Zusammenarbeiten ermöglicht und gleichzeitig eine feste Grundlage für die Weiterentwicklung der europäischen Politik schafft würde.

Zur Kampflage.

Wb. Berlin, 16. August. Während die Engländer sich auf ihrem Teil der Schlachtfeldfront zwischen Ancre und Oise mit Artilleriefeuer begnügten und am 15. August lediglich nördl. der Somme mit Patrouillen vorrückten, die leicht abgewiesen wurden, setzten die Franzosen nach der durch die großen Verluste bedingten Erschöpfungspause der letzten Tage nochmals zu Großangriffen an. Nach dem Funkpruch Horcea vom 16., der bereits vor einigen Tagen die Einnahme von Bassigny durch die Franzosen in Aussicht stellte, beabsichtigt Marschall Foch die Deutschen an dieser Stelle zu weiterem Rückzug zu zwingen. Bisher war die deutsche Frontverlegung durchaus freiwillig und auch am 15. sind die Franzosen trotz verzweifelter Anstrengungen nicht über die von den Deutschen nach der Räumung von Montdidier gewählte Zone hinausgekommen. Der französische Angriff, der auf dem linken Flügel englische Unterstützung fand, richtete sich einmal gegen das waldige Höhenmassiv von Bassigny, sodann beiderseits der Straße Montdidier-Roye gegen diese Stadt, die nach Gefangenenaussagen am 1. Operationsstage erreicht werden sollte. In dem nördlichen Angriffsschnitt sollten die Tanks die Entscheidung bringen, die zahlreich auf der von Montdidier nach Roye führenden großen Straße heranrollten. Da diesmal jedoch kein Nebel ihren Annäherung verschleierte, wurden sie von der deutschen Artillerie zusammengepöbelt, ehe sie zum Angriff kamen. Auf dem südlichen Angriffsfügel griffen die Franzosen nach heftiger Artillerievorbereitung am Mittags von Camy bis an die Oise an. Vor allen richteten sich ihre Anstrengungen gegen die Höhe von Bassigny sowie gegen die Front von der St. Gouville bis zur Althege-Ferme. Immer wieder gingen Regimenter der besten französischen Angriffsdivisionen vor, bis die Dunkelheit weiteren Stürmen ein Ziel setzte. Als Frucht aller Opfer blieb lediglich der tasche Hügel der Althege-Ferme in ihrer Hand, sonst brachen ihre Angriffe überall restlos zusammen und an der ganzen übrigen Front.

Waltger denken, was auch Willmanns, obige Voraussetzung zugegeben, als das Wahrscheinliche annimmt (I. 309 Num.) Die Abtiffin Godessthu (ober Godesda) regierte nach Willmanns von 1002 bis 1040 (nach Anderen von 1000—1044) und begann im Jahre 1011 mit dem Bau eines neuen Münsters und der Stiftskirche auf Sittberg bei Herford. Es muß auch noch angeführt werden, daß auch in der Lebensbeschreibung des hl. Königs Oswalds Waltger (H. Stadler) eine wichtige Rolle spielt. Das Vorhandensein Waltgers oder Waltgers kann daher wohl nicht bezweifelt werden.

Da durch die Humeneinfälle 918 und 924 die Abtei völlig zerstört wurde, so sind alle Urkunden aus der vorausgegangenen Zeit verloren gegangen. Eine Präbendurkunde aber vom Jahre 1146, aus der Zeit der Abtiffin Jutta, ergibt dagegen, daß zu dieser Zeit Waltger bereits verstorben war, was auch Willmanns angibt. Sicher ist, daß ein Fest des heiligen Waltgers Ende des 12. Jahrhunderts, oder Anfang des 13. Jahrhunderts eingerichtet worden ist.

Von Interesse ist weiter noch eine Urkunde aus dem 14. Jahrhundert, die der präestatio einer Abt aus dem bis zur Säkularisation der Abtei Herford zu diesen gehörigen Meierhof Mädehorst gedenkt: „festo Walderi de Mädehorst tres modios tritici duas urnas melis — vacam in uno anno Mädehorst in alio Godesberg. Sie wird von der vita Waltgeri in Beziehung gebracht zu der Sage von der vacca candoris nibeis utroque cornu cereum ardenem ferens, zu deutlich: von der schneeweißen Kuh, welche auf beiden Hörnern eine brennende Kerze trug, die Waltger die Stelle der zu gründenden Kirche angewiesen habe, weshalb bis heute zur Erinnerung ein Kalb gelieft werde.

Wahrscheinlich stehen auch hierin tiefere Beziehungen der Abtei Herford zu Mädehorst, was nebenbei bemerkt werden soll.

(Fortsetzung folgt.)

gen Front sind die Franzosen nach einem blutigen Tage wieder in ihre Ausgangsstellungen zurückgeworfen, ohne ihre Ziele zu erreichen.

Zusammentritt des Hauptauschusses.

Wb. Berlin, 16. Aug. Der Hauptauschuss des Reichstages wird, wie die „Voss. Ztg.“ hört, in nächster Zeit zu einer Beratung über die Lage, namentlich über die Dispositionen zusammenzutreten. Als vorläufiger Termin des Zusammentritts wird die erste Septemberwoche angenommen.

Ein Urteil über das Zusammenarbeiten mit Arbeiterführern.

Während des Krieges hat die Mitarbeit der Arbeiterführer an den öffentlichen Aufgaben größere Bedeutung gewonnen. Das hat neuerdings auch der Regierungspräsident von Düsseldorf, Dr. Kruse, hervorgehoben und anerkannt. Er sagte bei der Amtseinführung des neuen Oberbürgermeisters von Essen, Dr. Luther, u. a.: „Ganz besonders weise ich hin auf die Mitarbeit der Arbeiter, der Arbeitervertreter. Als Regierungspräsident des industriereichsten Bezirks der Monarchie darf ich mir wohl das Urteil gestatten, daß das Zusammenarbeiten mit den Arbeitervertretern während des Krieges eine Lust und Freude war. Die Verhandlungen wurden immer sehr sachlich geführt, hatten ein brauchbares Ergebnis und führten zu einer Entspannung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die für die Zukunft Gutes verspricht.“

Wahlvorbereitung in Westfalen.

Der Geschäftsführende Ausschuss des rheinisch-westfälischen Provinzialverbandes der Fortschrittlichen Volkspartei trat kürzlich in Hagen zu einer Sitzung unter dem Vorsitz des Herrn Landtags-Abg. Gantert-Barmen zusammen. Den Hauptgegenstand der Beratungen bildeten die bevorstehenden Landtagswahlen. Hierzu wurde die nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der Geschäftsführende Ausschuss des rheinisch-westfälischen Provinzialverbandes der Fortschrittlichen Volkspartei hält die sofortige Vorbereitung der kommenden Landtagswahlen für geboten. Dem Grundsatze der Partei entsprechend, können für uns nur Kandidaten in Frage kommen, die mindestens auf dem Boden des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts stehen.“

Herford und Minden-Ravensberg.

17. August.

Eisenbahner-Wünsche.

Die Versammlung der Eisenbahner im Hotel Vereinshaus war von etwa 150 Eisenbahnarbeitern und Beamten besucht. Der Vorsitzende des Ortsvereins, Herr Nave, begrüßte die städtische Versammlung, insonderheit die Herren Reichstagsabgeordneten Jeller, Vorsitzender des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes, und Herrn Pastor Meyer.

Herr Jeller führte nun in zweifelhafte, mit großem Beifall aufgenommenen Rede aus, was die Verbandsmitglieder ihrer Organisation in Vergangenheit und Gegenwart zu danken hatten und was sie in Zukunft von ihr erwarten dürfen.

Kedner ging zunächst auf die wirtschaftlichen Sorgen ein, die der Krieg auch über diesen Stand gebracht hat. Eine den Zeitverhältnissen entsprechende Lohnaufbesserung, so erwünscht sie auch für den Einzelnen gewesen sein möchte, hat nicht erreicht werden können. Wohl aber sind Teuerungszulagen, laufende und einmalige, neben einer geringen Lohnaufbesserung erreicht und eine einmalige für den Herbst in Höhe der Schäden für den Monat steht in sicherer Aussicht. Eine Differenzierung, wie bei der letzten, die viel Unzufriedenheit und Härten hervorgerufen habe, soll weggelassen. Die Sicherstellung der wirtschaftlichen Zukunft soll Hauptforde der Verbandsleitung bleiben, ihre reale Grundlage bildet die Erhöhung der Löhne, da die Teuerungszulagen nur die anormalen Verhältnisse in etwa ausgleichen können. Eine gleiche Entlohnung in den verschiedenen Werkstätten soll angestrebt, dabei aber unrealisierbare Forderungen vermieden werden.

Kedner schilderte dann die Arbeit des Reichstagsabg. Meyer im interfraktionellen Ausschuss, ohne dessen Bemühen die Beamten auf eine neue Teuerungszulage hätten lange warten können. Auch die Eisenbahner seien ihm zu Dank verpflichtet, da sie nicht leer ausgehen werden. Akfordarbeit und Funktionszulagen in den einzelnen Betrieben sollen neu geregelt werden.

In bezug auf kulturelle Forderungen tritt der Verband für die Einheitschule ein, da es bei dem jetzigen blutigen Mangel des deutschen Volkes nötig sei, alle im Volke schlummernden Kräfte für die Zeit nach dem Kriege mobil zu machen. Das Wort des Kantlers: „Freie Bahn dem Tüchtigen“, müsse in die Praxis überführt werden. Auch schon in der Gegenwart müsse aus den eigenen Reihen dem Tüchtigen der Aufstieg ermöglicht werden.

Eine ganze Reihe sozialer Forderungen soll noch erfüllt werden. Obenan stehe der weitere Ausbau der sozialen Gesetze. Nur müssen die Forderungen mit der Finanzkraft des Reiches in Einklang gebracht werden. Die Pensionskasse müsse gekürzt werden, so daß die Renten daraus den

Zeitverhältnissen Rechnung tragen könnten. Der unsichere Rechtszustand der Eisenbahner soll durch die Arbeitskammern beseitigt werden. Der Verband tritt für eine sachliche Gliederung dieser ein, da territoriale Angelegenheiten durch Arbeiterausschüsse geschlichtet werden könnten. Auch das Unfall-Rentengesetz ist reformbedürftig und der Erholungsurlaub bei dem augenblicklich Mangel an der Gesundheit und Kraft der Eisenbahner von 7 auf 14 Tage im Jahre zu erhöhen. Das Staatsarbeiterrecht, um mitbestimmend auf Arbeits- und Lohnbedingungen wirken zu können, sei eine alte Forderung, da durch ein allgemeines Arbeiterrecht die Staatsarbeiter ihre Interessen nicht vertreten könnten, da sie auf das Streikrecht verzichten und verzichten müßten.

So legte Kedner Rechenschaft ab, von den Arbeiten und Erfolgen der Organisationsleitung, die dauernd bemüht sei, das Los der Verbandsmitglieder zu verbessern, das könne sie aber nur, wenn diese treu mitarbeiteten und die Verbandsleitung in ihrem Bestreben unterstützten.

Reichstagsabg. Pastor Meyer schilderte dann, wie Herr Jeller unausgesetzt bemüht sei, für das Wohl der Eisenbahner zu arbeiten, wie er sich besonders der Aufmerksamkeit angenommen und schöne Erfolge erzielt habe. Gegen eine Differenzierung der Teuerungszulagen seien beide eingetreten, habe sich aber nichts erreichen lassen. Beide Kedner versprachen für die Zukunft ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, die Entlohnung den Verhältnissen anzupassen und Differenzierung abgebaut und somit ein Grund zur Unzufriedenheit zu beseitigen. Auch seinen Ausführungen folgte lebhafter Beifall.

Die Versammlung wurde hierauf mit Dank gegen beide Kedner geschlossen.

Grüße aus Wilhelmshaven. Bei uns traf folgende Postkarte ein: Die herzlichsten Seemannsgrüße aus Wilhelmshaven senden den Herfordern die Matrosen: Wilh. Wolff, Martin Schmidt, Rud. Schumacher, Wilh. Hofbiter, Kurt Dhe, Werner Kreutzberg, Walz, Nebel, Alz. Böttcher, O. Stäbke.

iv. Zum Begriff des Brotgetreides. Eine Frau hatte Geflügelgrippe, die sie von der Gemeinde auf ihre Lebensmittelliste erworben hatte, an ihre Hühner weiterverbreitet. Sie war deshalb vom Schöffengericht auf Grund der Bundesratsverordnungen vom 25. Juni 1915 über das Verfallern von Brotgetreide und vom 22. Juni 1916 über Brotgetreide und Mehl aus der Ernte 1916 zu Strafe verurteilt worden. Das Landgericht Ratibor hat jedoch die Angeklagte aus folgenden Gründen freigesprochen: Nach den im Urteil des Schöffengerichts herangezogenen Verordnungen sei strafbar das Verfallern von Brotgetreide. Zu diesem gehöre aber Getreide und deshalb auch aus Getreide hergestellte Graupe nicht. Was unter Brotgetreide im Sinne der Verordnungen zu verstehen sei, sei in diesen, wie die Fassung Brotgetreide, nämlich Roggen, Weizen erbe, ersprießend aufgeführt. Getreide sei nicht erwähnt, oder gar in direktem Gegenfalle zu Brotgetreide aufgeführt, also nicht darunter. Es läme höchstens eine Verordnung vom 6. Juli 1916 über Getreide in Betracht. Gegen diese habe die Angeklagte aber auch nicht verstoßen, da sie keine beschlagnahmte Getreide beiseite geschafft haben sollte. Die Getreide, welche an die Gemeinden, bezw. Kaufleute zum Verkauf an die Konsumenten gelangte, sei beschlagnahmefrei. Die Art des Verbrauchs sei den Konsumenten nicht vorgeschrieben.

rbll. Für Abgabe bezugscheinpflichtiger Waren ohne Bezugschein sind nicht nur die Geschäftsinhaber, sondern auch ihre Angestellten strafbar. In § 11 der Verordnung des Bundesrats über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren vom 10. Juni und 23. Dezember 1916 ist gesagt, daß, wer mit solchen Waren Gewerbe treibt, sie nur gegen Bezugscheine ablassen darf. Hieraus ist vielfach gefolgert worden, daß die Abgabe bezugscheinpflichtiger Waren ohne Bezugschein an das Publikum nur die Geschäftsinhaber, nicht auch die Angestellten strafbar macht. Diese Meinung ist irrig. Das Reichsgericht hat zu dieser Frage in einem Urteil vom 16. April 1916 Stellung genommen und dabei festgestellt, daß die Vorschrift nichts weiter aussprechen will, als daß gewerbsmäßige Verkäufe, gleichviel, ob sie durch den Geschäftsinhaber oder seine Angestellten ausgeführt werden, nur gegen Bezugschein stattfinden dürfen, und sich somit die Strafandrohung nicht nur gegen den Betriebsinhaber persönlich, sondern auch gegen die Angestellten richtet, die deshalb auch als Täter anzusehen und zu bestrafen sind, wenn sie Waren ohne Bezugschein abgeben oder auch einen Bezugschein mit mehr Waren beliefern als darauf angegeben sind. — Die Angestellten werden deshalb im eigenen Interesse auf diese Auslegung des Reichsgerichtes hingewiesen und vor einer Abgabe bezugscheinpflichtiger Waren ohne Bezugschein gewarnt.

Die Verordnungen müssen genügend bekannt gemacht werden. Ein Kleinhändler aus dem linksrheinischen Gebiet war sowohl vom Schöffengericht wie auch von der Strafkammer zu Geldstrafe verurteilt worden, weil er bei dem Verkauf einer Gemüshaut den hierfür festgesetzten Höchstpreis überschritten hatte. Die in Frage kommende Höchstpreisverordnung war nun im Amtsblatt der Königl. Regierung in Düsseldorf veröffentlicht worden. Das Oberlandesgericht hat jetzt auf Grund der eingelegten Revision die Entscheidung der Vorinstanzen aufgehoben und den Beschuldigten freigesprochen. Es sei, so führte die

Urteilsbegründung aus, erforderlich und auch allgemein üblich, eine weitgehende Veröffentlichung derartiger Verordnungen vorzunehmen. Da das im vorliegenden Falle nicht geschehen sei, konnte dem Beschuldigten die Vergünstigung der Bundesratsverordnung vom 18. Januar 1917 (entschuldigbarer Irrtum) zugestanden werden.

Die engl. Arbeiterschaft über die Deutschen.

Der Volk Ilce Wells in Nottingham am 12. September 1917:

„Der einzig gute Deutsche, den ich kenne, ist ein toter Deutscher!“

Sparsame Schulschreibhefte. Zur Ersparnis von Papier hat der Unterrichtsminister zu Anfang dieses Jahres neue Vorschriften für die Anfertigung von Schulschreibheften erlassen. Die Befolgung dieser Vorschriften wird dadurch erschwert, daß ein Teil der Schulleiter und Lehrer immer noch von den Schülern fordern, sich Hefte mit Randlinien usw. anzuschaffen. Der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten hat deshalb die Provinzialschulkollegien und Königl. Regierungen ersucht, die Schulleiter und Kreisinspektoren nochmals auf jene Anordnung hinzuweisen. Sie haben für eine genaue Beachtung der Bestimmungen Sorge zu tragen.

Arbeitsverkürzung der Eisenbahner. Nachdem erst kürzlich der Minister der öffentlichen Arbeiten für die Eisenbahnarbeiter eine außerordentliche Teuerungszulage bewilligt, hat er jetzt auch verfügt, daß die Sonntagsarbeit in den Werkstätten, auf die mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse nicht ganz verzichtet werden kann, um eine Stunde verkürzt werden soll. Bisher wurde sechs Stunden gearbeitet, während für neun Stunden der Lohn gezahlt wurde. Jetzt soll die Arbeit an jedem zweiten Sonntag ohne Lohnabgabe fünf Stunden betragen.

Die Kolonialkrieger-Spende. In einem Artikel über die Kolonialkrieger-Spende, die heute und morgen bei uns gesammelt wird, wird in der Norddeutschen Zeitung von dem Staatssekretär für die Kolonien, Dr. Solf, gesagt: Die großen Leistungen unserer Landsleute in den Kolonien vor und während des Krieges besonders durch den heldenhaften Widerstand haben dem Mutterland eine tatfähliche Hilfe geleistet, indem sie fast 300 000 Mann feindliche Truppen festgehalten und Kriegsgeräte aller Art der Verwendung gegen die Heimat entzogen haben. Deshalb gilt auch ihnen der Dank des Vaterlandes. Der Artikel schließt: Sie sollen in stand gesetzt werden, nach Friedensschluß mit frischen Kräften an den Wiederaufbau des zerstörten überseeischen Deutschlands heranzugehen. Die Kolonialkrieger-Spende bietet nicht nur eine Möglichkeit, den Kolonialkriegern im weitesten Sinne des Wortes, Dank und Anerkennung zu zeigen; sie wird, daran zweifle ich nicht, in ihrem Endergebnis auch beweisen, daß das deutsche Volk heute weniger denn je gewillt ist, auf seine koloniale Zukunft zu verzichten.

„Die Rose von Stambul“. Man schreibt uns: Wir wollen nicht veräumen, noch einmal auf das am Dienstag stattfindende Gastspiel mit der obengenannten Operette hinzuweisen. Die Direktion L. W. Brodel ist bemüht nicht nur in der Darstellung, sondern auch in den Kostümen und sonst. Ausstattung wirklich Gutes zu bringen.

Studienassessor Dr. Erich Danner hier ist zum 1. Oktober d. Js. zum Oberlehrer am Leopoldinum, Gymnasium und Oberrealschule, zu Detmold ernannt.

Herforder Wohnungskonferenz.

Am Mittwoch fand, wie bereits kurz berichtet, im Stadtverordneten-Sitzungslokal in Herford eine Besprechung über die mit der Wohnungsfürsorge zusammenhängenden Fragen statt.

Einleitend sprach zunächst

Regierungspräsident von Campe

in sehr eindringlichen Worten von der hohen und ersten Bedeutung, die der Wohnungsfrage für unser staatliches Leben zukommt, sowie über Ziel und Zweck der heutigen Zusammenkunft. Er führte aus: Wir wissen alle, daß heute eine Wohnungsnot herrscht. Es ist dies schon ein Allgemeinplatz geworden; aber ich weiß nicht, ob jeder einzelne weiß, was tatsächlich diese Frage für unser Volk bedeutet. Es wäre verfehlt, wenn man glauben wollte, daß mit der Sorge der einzelnen Familie, die eine Wohnung sucht, das umschrieben sei, was heute die Wohnungsnot bedeutet. Das eigentliche Problem liegt sehr viel tiefer. Solange es eine Geschichte der Menschheit gibt, hat die Wohnungsfrage immer eine ganz besondere Rolle gespielt, denn im letzten Grunde ist es die Familie, auf der sich jede soziale Gemeinschaft aufbaut. Die Familie ist sozusagen die Keimzelle, aus der die Gemeinde entsteht und von der sich weiter die anderen sozialen Zusammenhänge herleiten. Ist die Familie nicht gesund, so kann ein soziales Gemeinschaftsleben nicht blühen. Und wie könnte die Familie leben und gedeihen, wenn das Wohnungsproblem kein gelöstes ist. Ich habe mir in meiner richterlichen Tätigkeit, bei etwa 20 000 Strafprozessen, die Mähe genommen, zu notieren, auf welche sozialen Missetände die Straftaten zurückzuführen waren, und ich habe da gefunden, daß neben dem Alkohol die Wohnungsfrage fast das entscheidende Moment war. In der Tat spielen die Wohnungsverhältnisse in das städtische und wirtschaftliche Leben weitest hinein, und es ist nicht zu verwundern, wenn in unseren Großstädten Missetände herrschen, und wenn von dort aus Ausstrahlungen kommen, die aufs höchste zu bedauern sind. Ich freue mich, daß in meinem Bezirk die Lösung der Wohnungsfrage

mit aller Energie angegriffen wird, und wenn ich heute zu einer Sitzung eingeladen habe, so ist dies geschieden nicht in dem Sinne, daß Beschlüsse gefaßt werden sollen. Wenn irgendwo, dann muß hier den Gemeinden möglichst freie Hand gelassen werden. Der Zweck der Versammlung ist lediglich der, eine Aussprache herbeizuführen, damit die Herren Anregungen empfangen und bereichern zu einer Lösung der Wohnungsfrage in ihrem Kreise beitragen können.

Darauf sprach als erster Referent

Randrat von Saar (Paderborn).

Er führte u. a. aus: In der Kriegswirtschaft hat uns die Zwangslage zu Nahrungsmittelverknappungen und immer neuen Schwierigkeiten, schließlich auch zur Wohnungsnot geführt. Diese ist neueren Datums als der Nahrungsmittelmangel und ist auch noch nicht zu dessen Umfang ausgewachsen. Wir müssen aber damit rechnen, daß sie sich noch erheblich erweitern wird. In mancher Beziehung ist

die Wohnungsnot gefährlicher und bedrohlicher als der Mangel an Nahrungsmitteln.

Ich möchte hierbei nur auf einen Punkt hinweisen. Bei der Wohnungsnot muß, was an Bauten in einem Jahre zu wenig hergestellt wird, als voller Fehlbetrag in das neue Jahr hinfübergenommen werden. Es wäre ein großer Fehler, wollte man, weil die Wohnungsnot uns noch nicht auf den Knieen brennt, sie zu niedrig einschätzen. Wir sehen zum Glück, daß alle verantwortlichen Stellen mit Bedenken den Schwierigkeiten der Wohnungsnot entgegen sehen. In Preußen ist endlich das Wohnungsgesetz erlassen und ein Wohnungskommissar mit ganz außerordentlichen Vollmachten eingesetzt worden.

Wenn man nun ein Haus bauen will, so wird man vor drei Fragen gestellt: Die Bodenfrage, die Organisationsfrage und die Finanzfrage. Die Gemeinden können gemeinnützige Bodenverordnungen durchsetzen, daß sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit Boden aufkaufen. Trifft die Gemeinde mit großen Anforderungen heran, dann verstärkt sie die Nachfrage und erreicht zunächst das Gegenteil. Um dem aus dem Wege zu gehen, hat man empfohlen, mit Enteignung vorzugehen. Diese ist aber eine sehr zweischneidige Maßnahme und würde dazu führen, daß von ihr nicht in erheblichem Maße Gebrauch gemacht würde. Wollen wir das Angebot verstärken, ohne die Nachfrage in Mitleidenschaft zu ziehen, so bleibt nur die Einrichtung des Vorkaufsrechts übrig. Dieses ist noch wenig bekannt; es hat den Vorzug, daß es ganz automatisch wirkt. Die Gemeinde würde auf diese Weise nach und nach dazu kommen, sich genügende Landreserven zu beschaffen. Die ersten Ansätze zu einem Vorkaufsrecht haben wir bereits in der Verordnung, daß bei landwirtschaftlichen Grundstücksverkäufen von über 20 Morgen die behördliche Genehmigung erteilt werden muß. In Paderborn konnten wir sie bereits ausnützen.

Die andere Schwierigkeit ist die Bodenenteignung. Das schließt hierbei die Unsicherheit in der Preisgestaltung. Angebote und Nachfragen sind keine Regulatoren. Und nur eine

neue Bonitierung

unter Beseitigung der noch gültigen alten, würde hier Abhilfe schaffen. Eine durchgreifende Bonitierung, die unterscheidet zwischen Oden- und Gartenland, landwirtschaftlichem und Bauland, würde das ganze Grundstücksgebiet zu einer außerordentlichen Gefährdung führen. Die Preise würden sich normal gestalten; denn die Bonitierung würde für die Besteuerung, für die Bewertung der Aufnahmen von Hypotheken, für Enteignung, Vorkaufsrecht und auch für den freien Handel gelten. Neuerdings ist auf diesen beiden Grundlagen eine Reform in Aussicht genommen. Es ist schade, daß solche Reformen nur für unsere Kolonien gelten, und daß man nicht wagt, sie auch bei uns einzuführen. Die Organisation ist sehr gut; wenn sie aber nicht bodenständig ist, kann sie auch sehr viel Schaden anrichten. Wir haben da genügend Erfahrungen in den letzten Jahren sammeln können. Es liegt nun nahe, die Organisation in der Lebensmittelfrage auch auf die Wohnungsfrage zu übertragen. Es sprechen dafür erhebliche Gründe, denn Wohnungsfrage und Nahrungsfrage hängen eng miteinander zusammen. Für die Übertragung spricht auch der Umstand, daß wir damit am schnellsten zum Ziele kommen werden. Wir wollen aber nicht verkennen, daß auch erhebliche Gründe dagegen sprechen. Es fehlt uns vor allem das Sicherheitsventil, daß wir bei der Lebensmittelfrage im Ganzen bestreiten. Weiter muß die Arbeitsleistung bei der Organisation mehr berücksichtigt und mit einer Teilung der Aufgaben zwischen Kommune, Staat und Reich geredet werden. Die Selbstverwaltung hätte vorzunehmen, was mit der Erleichterung der Grundstücksfrage zusammenhängt. Die Frage der Herstellung der Bauten würde Sache der Bauvereine und Genossenschaften sein. Die Finanzfrage wählte dem Staate überlassen werden.

Die Finanzfrage ist von ganz besonderer Wichtigkeit. Hier herrschen noch die größten Schwierigkeiten. Das Reich rechnet mit einer Zuzahlung von einer halben Milliarde. Preußen hat 30 Millionen bewilligt. Die Selbstverwaltungen haben wesentlich noch nicht zur Verfügung gestellt. Ich nehme an, daß zur Lösung der Wohnungsfrage eine Summe von 4 Milliarden erforderlich sein wird. Von großer Bedeutung würde es sein, wenn die Selbstverwaltungen ihren Anteil an dieser Summe in der Gestalt der Bereitstellung von Grund und Boden hergeben würden. Dadurch würden 25 Prozent aufgebracht. Die Kommunalverbände müßten auf ähnliche Weise, wie dies beim Wegewesen geschieht, herangezogen werden. Die zweiten 25 Prozent wären von Genossenschaften zu erwarten. Wo eine Genossenschaft hierzu nicht instande wäre, müßte der Staat eintreten. Ein weiteres Viertel wäre hypothetisch zu decken, und das letzte Viertel müßten Staat und Reich aufbringen. Dann bliebe noch die schwierige Frage der Überwälzung zu lösen. Man rechnet da mit einer Summe zwischen 2000 und 4000 Mark für jedes Haus. Diese Frage könnte durch Gewährung von Prämien für Bauten, die während des Krieges oder kurze Zeit nach dem Kriege hergestellt werden, gelöst werden.

Das zweite Referat erstattete hierauf

Stadtbaurat Schulz-Bielefeld

In eingehenden Ausführungen gab er ein Bild von der positiven Arbeit, die die Gemeinden zu leisten haben, um die Wohnungsnot zu unterbinden. Er wies zunächst auf die unglückliche Tatsache hin, daß gewisse Hausbesitzerkreise die Wohnungsnot als eine günstige Konjunktur an sehen und behaupten, die Bodenreformer hätten die Wohnungsnot verursacht. Gegen solche Anschauungen

müssen wir mit allen Mitteln ankämpfen. Wir sind überzeugt, daß die Wohnungsnot lediglich eine Folge des Krieges ist, weil vier Jahre lang keine Wohnungen gebaut werden durften. Wir müssen sie als eine Kriegsnot ansehen und sie auch mit Kriegsmethoden bekämpfen. Nach meiner Überzeugung ist es — ganz unabhängig von der Frage, wann der Krieg zu Ende geht — Pflicht von Aufsichtsbehörde und Gemeinde, sich darüber klar zu werden, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, damit der Not abgeholfen wird. Es muß endlich Arbeit getan werden. Gefordert muß werden, daß Reich und Staat endlich klar damit herauskommen, was sie in bezug auf die Wohnungsnot an praktischer Hilfe leisten wollen. Es ist das Gebiet, dessen, was hier zu geschehen hat, ein ganz außerordentlich umfangreiches. Die Wohnungsfrage ist vorzugsweise als eine Gemeindeangelegenheit anzusehen. Die Gemeinde leistet die Arbeit, während die Aufsichtsbehörde nur Hilfe gewähren kann. Es liegt im eigenen Interesse der Gemeinde, mit der Arbeit demnächst zu beginnen, und nicht erst bei Friedensschluss, weil wir sonst politischen Erschütterungen ausgesetzt werden, denen wir nach dem Kriege nicht gewachsen sein werden. Die Frage nach der Größe der Wohnungsnot ist durch die Statistik der leerstehenden Wohnungen zu beantworten, die zu wiederholen ist, um festzustellen, ob die Verhältnisse sich verschlechtert haben. Auf diese Weise wird man zu einer Schätzung des Fehlbedarfs kommen, der der Arbeit zugrunde zu legen ist. Geschieht dies nicht, so werden wir politische Kämpfe erleben, wie wir sie noch nicht gehabt haben, wenn auch anzunehmen ist, daß unser Volk so vernünftig geworden ist, daß es nicht zu gewalttätigen Explosionen kommen wird. Wir würden ferner aus Furcht vor der Wohnungsnot die Beschränkung der Geschlechts- und weiterer den Ausschluß der kinderreichen Familien wieder in stärkster Linie erleben. Demgegenüber werden wir in der ersten Not zu Notstandsmaßnahmen greifen müssen. Es ist da inzwischen alles mögliche zur Sprache gebracht worden. Der Zwangswohnungsnotwendigkeit ist nach Artikel 6 des Wohnungsgesetzes für Gemeinden über 10 000 Einwohner baldigt einzuführen. Sodann hat man der Beschaffung freier Wohnungen das Wort geredet. Die Ausführung würde aber auf größte Schwierigkeiten stoßen und ich möchte warnen, sie allgemein einzuführen. Eine zwangsweise Eingetragene einer zweiten Familie werden wir nach Möglichkeit unserem Volke ersparen müssen. Dann ist die Belagung freier Hotelzimmer vorgeschlagen worden. Es ist durchaus möglich, eine gewisse Zahl von Zimmern zu bekommen; es würde dies aber nur Verdrängung hervorgerufen. Die Räumungsbeschränkung, die von den Hausbesitzerkreisen sehr unangenehm empfunden wird, ist ein sehr starker Eingriff in die persönlichen Rechte; sie wird aber als außerordentlich angemessen von Seiten der Verbraucher empfunden, und man wird auf die Räumungsbeschränkung zurückgreifen müssen. Man wird sich auch fragen müssen, ob man nicht den Zugang nach einer fremden Stadt vom Nachweis einer vorhandenen Wohnung abhängig machen soll. In den Kreisen der kleineren Industrieen besteht wenig Geneigtheit, sich an der Arbeit der Wohnungsfürsorge zu beteiligen. Durch eine solche Zugangsbeschränkung könnte man auf diese Kreise einen Druck ausüben.

Im Anschluß hieran gibt der Redner eine Darstellung der gemeindlichen Boden- und Baupolitik. Nach diesen beifällig aufgenommenen Referaten nahm das Wort Regierungspräsident v. Campe, der auf die Fülle der Anregungen hinwies, die die Vorträge enthalten haben sowie auf den Ernst der Lage.

Es folgte eine lebhaft ausgeführte, in der die Leiter der Kommunalverbände und andere Herren sich zu dem Gehörten äußerten und von ihren Erfahrungen berichteten.

Randrat von Borries

Er sprach von den günstigen Wohnungsverhältnissen im Kreis Herford, die besonders durch das Eigenwohnhäusbedingte würden und meinte, es wäre die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß das Eigenwohnhäusbedingte erstrebenswert sei. Redner glaubt, daß infolge der Wohnungsnot ein noch verstärktes Zusammenströmen der Massen nach den großen Industriezentren in Erscheinung treten werde.

Bürgermeister Strauß-Bünde

berichtete von den in Bünde gemachten Erfahrungen mit dem Eigenhausbau, wo man schon vor dem Kriege 26 Eigenhäuser habe herstellen lassen.

Oberbürgermeister Pfahmann-Paderborn erwartet von der allgemeinen Einführung des Vorkaufsrechtes eine schwere Schädigung des Grundstücksverkehrs. Die für Siedelungen geeigneten Grundstücke befinden sich in der festen Hand, daß sie nicht frei zu bekommen sind. Der Eigenhausbau müßte in erster Linie im Vordergrund stehen. Für die Mehrkosten hätte der Staat die Mittel zur Verfügung zu stellen und diese müßten auch den Erbauern von Eigenhäusern gewährt werden. Weiter sei zu verlangen, daß in den ersten zwei Jahren die Baustoffe öffentlich bewirtschaftet werden.

Bürgermeister Zummus-Gütersloh meinte, die Industrie müsse ebenfalls auf das Land ziehen. In Gütersloh habe man gute Erfahrungen mit der Zusammenlegung von Grundstücken gemacht. Zur Baustoffbeschaffung weist Redner auf den Schwammstein hin. Betreffs der Baugelder habe Gütersloh vom Eisenbahnminister und von der Angestelltenversicherung Zusage auf Unterstützung erhalten.

Gemeindevorsteher Wöhrmann-Brachthode erinnert an die erschreckende Höhe der Mehrkosten beim Wohnungsbau. Es könne nicht eher mit der Arbeit angefangen werden, bis festgestellt sei, in welcher Höhe Staat und Reich sich hierbei beteiligen.

Regierungspräsident v. Campe

weist auf den engen Zusammenhang zwischen der Wohnungsfrage und der allgemeinen politischen Lage hin und wendet sich hierbei gegen die Ausführungen des Herforder Randrats. Randrat v. Borries habe zum Beweise auf den Kreis Herford exemplifiziert. Gewiß müßten dort sehr solide Verhältnisse geherrscht haben. Daraus folgt aber nicht, daß nirgend die Wohnungsverhältnisse ungünstig sind. Gewiß ist der Eigenhausbau das Ideal und muß von Reich und Staat ebenfalls unterstützt werden, aber die Verhältnisse sind so spärlich, daß der Eigenhausbau uns über die Schwierigkeiten nicht hinweg helfen kann. Und wenn schon in Friedenszeiten gemeinnützige Baunternehmen haben helfend eingreifen müssen, so wird das in Zukunft noch weit mehr der Fall sein. Ich glaube auch nicht, daß die Gefahren der Industrialisierung nach dem Kriege

so schwere sein werden, wie sie geschildert worden sind. Ich glaube gerade umgekehrt. Der Krieg hat uns in einem Maße die Augen geöffnet, daß wir nach der Richtung hin sehend geworden sind, und daß wir unsere Bevölkerung dezentralisieren müssen und mehr als bisher auf das Land zu bringen haben. Und wenn auch die Gefahr vorzukommen mag, daß Mittel da, wo die Wohnungsnot am größten ist, auch reichlicher hingeeben werden, als nach anderen Orten, so wird auf der anderen Seite

die Frage der inneren Kolonisation

sich so sehr in den Vordergrund drängen, daß ebenso viel und noch mehr Mittel in dieser Richtung gegeben werden. Mir scheint mit die Hauptsache die zu sein, daß sämtliche Gemeinden auf das allerernstlichste mit sich zu Rate gehen, müssen, um der Wohnungsnot, die mit elementarer Macht herantritt, zu steuern. Und die vielen Winte, die Stadtbaurat Schulz gegeben hat, möchte ich sehr dringend der Sorge aller einzelnen Herren empfehlen haben. Es sagt sich sehr leicht, bei mir gibt es keine Wohnungsnot; wie die Dinge aber kommen werden, könne man vorher nicht sagen. Da gilt es, beiseiten vorzubringen und die nötigen Vorbereitungen zu treffen, damit man nachher von der Notlage nicht überrascht wird.

Randrat v. Borries erwidert beäuftragend, daß ihm irgendwelche politischen Auspielungen durchaus ferngelegen haben.

Stadtb. Winder-Bielefeld ist der Auffassung, daß die Beschränkung der Freizügigkeit sich in der Hauptsache gegen die Arbeiter und Angestellten richten werde und weist darauf hin, daß es möglich wäre, aus den Kreisen von Industrie, Handel und Gewerbe mit Hilfe des Kommunalabgabengebietes Mittel für die Wohnungsfürsorge zu bekommen. Redner gibt seiner Meinung Ausdruck, daß nur durch solches Zusammengehen aller Kreise der Bevölkerung die Wohnungsfrage gelöst werden könne. Dem Genossenschaftswesen sei vor dem Eigenhaus der Vorzug zu geben.

Oberbürgermeister Pfahmann-Paderborn weist darauf hin, daß der Weg, auf Grund des Kommunalabgabengebietes Mittel zu erlangen, noch immer geklärt sei. Wollte man diesen Weg gangbar machen, so müßte der betreffende Paragraph geändert werden.

Nach einer kurzen Replik der beiden Referenten schließt Regierungspräsident v. Campe die Versammlung und bemerkt, daß er im Laufe des nächsten Monats an einen noch größeren Kreis in seinem Bezirk Einladungen zur Erörterung der sehr wichtigen Frage der Bevölkerungs-politik ergehen lassen werde.

M.

Amt Herford-Biddenhausen.

Diebst. 16. August. Für Tapferkeit vor dem Feinde erhielt das Gierne Kreuz 2. Klasse der Musiketier Rudolf Wilke, Sohn des Herrn Geinr. Witte hier Nr. 20 wohnhaft.

Amt Enger.

Herringshausen, 16. August. Zu den vielen Schädigungen, die Frühjahr und Sommer den Obstbauern ohnehin schon gebracht haben, sind nun auch noch die Wespennestungen. Sie treten in solcher Menge auf, daß sie eine wahre Plage bilden. In den Obstgärten richten sie großen Schaden an. Sie höhnen die Früchte so gründlich aus, daß nichts anderes als die Schalen mehr übrig bleibt. Die Züchter sind oft gezwungen, das Obst halbpreis abzunehmen, um wenigstens etwas zu retten. Schon seit Jahren war die Wespenplage nicht mehr so groß wie in diesem Sommer.

Minden, 16. August. Für den hiesigen Kreis ist ein Verbot der Ausfuhr der Ziegen und später von Ziegenfleisch erlassen. Bis dahin wurden wöchentlich insgesamt jedesmal mehrere 100 Ziegen aufgeführt, ausgeführt und meist nach Berlin verschickt. Hier wurden sie geschlachtet und verworfen. Die Wurst kam dann als Ziegenwurst in das Industriegebiet und zwar zum Preise von 15 M für das Pfund. Für die Ziegen fand Preise von 100 bis 400 M für das Stück von den Aufkäufern gezahlt worden.

Verantwortlich für den Text- und Inseratenteil Fr. Kühle, Herford.

Städtischer Käseverkauf.

In der Turnhalle am Wilhelmplatz werden gegen Vorlegung der Lebensmittellkarte auf die Person

100 Gr. dänischer Gervais-Käse zu 90 Pfg. in nachstehender Reihenfolge abgegeben:

Am Montag, den 19. August 1918,

vormittags von 9—10 Uhr an die Inhaber der Lebensmittellkarten Nr. 9505—10 000, von 10 bis 11 Uhr Nr. 10 001—10 586.

Beim Kaufe ist die Lebensmittellkarte zur Eintragung vorzulegen. Eine Übertragung außerhalb der vorgeschriebenen Reihenfolge findet nicht statt. Herford, den 17. August 1918.

Der Magistrat.

Städtischer Verkauf.

In der Verkaufsstelle Bäderstraße werden an die Inhaber der Milchkarten für Kranke

je 100 Gr. Edeltrunk zu 96 Pfg. und je 1 Puddingpulver zu 22 Pfg. abgegeben.

Der Verkauf findet nach den Nummern der Lebensmittellkarte in derselben Reihenfolge wie der Suppenverkauf vom 19. bis einschl. 22. d. M. statt. Die Milchkarte ist zwecks Eintragung vorzulegen und das Geld ist abgezählt bereitzuhalten.

Herford, den 17. August 1918.

Der Magistrat.

Städtischer Suppenverkauf.

In der Verkaufsstelle Bäderstraße werden auf die Warenmarkte 61

6 Stück Suppenwürfel zu je 10 Pfg. und 500 Gr. Kartoffelsuppen zu 82 Pfg. oder 500 Gr. Kräftsuppen zu 80 bzw. 90 Pfg. oder 250 Gr. Gerstenmehl zu 38 Pfg. und 250 Gr. Kartoffelsuppen zu 41 Pfg. oder 250 Gr. Kräftsuppen zu 40 bzw. 45 Pfg. in nachstehender Reihenfolge verkauft:

Am Montag, den 19. August 1918,

vormittags von 8—9 Uhr an die Inhaber der Lebensmittellkarten Nr. 1—360, von 9—10 Uhr Nr. 361—721, von 10—11 Uhr Nr. 722—1117, von 11—12½ Uhr Nr. 1118—1484, nachmittags von 3—4 Uhr Nr. 1485—1808, von 4—5 Uhr Nr. 1809 bis 2096, von 5—6½ Uhr Nr. 2097—2816.

Am Dienstag, den 20. August 1918,

vormittags von 8—9 Uhr an die Inhaber der Lebensmittellkarten Nr. 2817—3140, von 9—10 Uhr Nr. 3141—3463, von 10—11 Uhr Nr. 3464—3821, von 11—12½ Uhr Nr. 3822—4144, nachmittags von 3—4 Uhr 4145—4504, von 4—5 Uhr Nr. 4505 bis 4756, von 5—6½ Uhr Nr. 4757—5431.

Am Mittwoch, den 21. August 1918,

vormittags von 8—9 Uhr an die Inhaber der Lebensmittellkarten Nr. 5432—5683, von 9—10 Uhr Nr. 5684—5971, von 10—11 Uhr Nr. 5972—6252, von 11—12½ Uhr Nr. 6253—6608, nachmittags von 3—4 Uhr Nr. 6609—6932, von 4—5 Uhr Nr. 6933—7256, von 5—6½ Uhr Nr. 7257—8000.

Am Donnerstag, den 22. August 1918,

vormittags von 8—9 Uhr an die Inhaber der Lebensmittellkarten Nr. 8001—8326, von 9—10 Uhr Nr. 8327—8614, von 10—11 Uhr Nr. 8615—8905, von 11—12½ Uhr Nr. 8906—9216, nachmittags von 3—4 Uhr Nr. 9217—9576, von 4—5 Uhr Nr. 9577—9900, von 5—6½ Uhr Nr. 9901—10 586.

Die Stammtafel zum Kauf von allgemeinen Lebensmitteln ist zur Prüfung vorzulegen. Die Wahl bleibt der Verkaufsstelle überlassen. Die Warenmarken sind losgetrennt bereitzuhalten. Zur glatten Abwicklung des Verkaufs kann nur abgezähltes Geld angenommen und nicht gewechselt werden.

Herford, den 17. August 1918.

Der Magistrat.

Einmalige Beihilfe an Kriegserwitwen.

Der Magistrat der Stadt Herford hat beschlossen, denjenigen Kriegserwitwen und -waisen, welche Kriegsfamilienunterstützung bezogen haben, eine einmalige Beihilfe im Betrage von 20 M für die Witwe und 10 M für jedes unter 16 Jahre alte Kind zu gewähren. Die Auszahlung dieser Beihilfe erfolgt vormittags von 8—12 Uhr: Mittwoch, den 21. d. Mts., an die Witwen, deren Familienname mit den Buchstaben A—Z beginnt, Donnerstag, den 22. d. Mts., an die Witwen, deren Familiennamen mit den Buchstaben Z—A beginnt.

Als Ausweis ist die früher erhaltene Benachrichtigung über die Festsetzung des Kriegswitwen- und -waisen-Geldes der zahlen den Kasse vorzulegen. Die einmalige Beihilfe erhalten nicht:

1. Witwen und Waisen, welche neben den Kriegswitwen- und -waisengeldern aus anderen öffentlichen Kassen Witwen- und Waisengeld beziehen.

2. Witwen, welche sich wieder verheiratet haben.

3. Waisen, für welche jetzt noch Kriegsfamilienunterstützung gezahlt wird.

Herford, den 16. August 1918.

Kämmereikasse.

Für unser Werk Würgendorf, Bahnstrecke Cöln-Gießen, werden zum sofortigen Eintritt eine

größere Anzahl Mädchen

über 18 Jahre und kräftige Arbeiter

gesucht.

Sprengstoffabriken Hoppede

Aktien-Gesellschaft

Würgendorf, Kreis Siegen.

Schlosser

und Dreher

gesucht.

Simonswerk G. m. b. H., Rheda Bez. Minden.

Herford, den 16. August 1918.

In Erfüllung ihrer Pflicht für das Vaterland starben weiterhin von den Angehörigen unseres Personals

Reisender
Jaques Lewysohn
Musketier in einem Inf.-Regt.

Expedient
Oskar Körbel
Landsturmann in einem Inf.-Regt.,

Expedient
Karl Vogel
Gefreiter in einem Inf.-Regt.,

Behring
Heinrich Heuermann
Grenadier in einem Garde-Inf.-Regt.,

Fakturist
Heinrich Steffen
Schütze in einem Inf.-Reg.,

Hausdiener
August Steffen
Musketier in einem Garde-Inf.-Reg.,

Hausdiener
August Brockhausen
Gefreiter in einem Feldart.-Reg.,

Fakturist
Karl Strunz
Musketier in einem Inf.-Reg.

Auch diesen gefallenen Helden ist bei uns ein dauerndes, ehrenvolles Andenken gesichert.

J. Elsbach u. Co.
Aktiengesellschaft.

Herford, den 17. August 1918.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Am 15. d. Mts. starb nach kurzer Krankheit unser liebes Töchterchen

Else

im Alter von fast vier Jahren.

Dies zeigt an mit der Bitte um stille Teilnahme

Familie August Tilker.

Die Beerdigung findet in aller Stille am Sonntag, den 18. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem städtischen Friedhofe statt.

Konjum-Berein Herford u. Umgegend
E. G. m. b. H.

Mit der neuen Brotmarkenausgabe werden die Kundenlisten im Landtreise neu aufgelegt. Wir bitten unsere werten Mitglieder aus dem Landtreise Herford, in ihrem eigenen Interesse sich in der betr. Verkaufsstelle eintragen zu lassen.

Der Vorstand.

Zum
Färben von kleinen Elenden Banerulinen
in echt blau und grün habe ich mich eingerichtet.
Gustav Linkmeyer, Färber.

Die Seele des Mannes in der Hölle u. die des Kindes im Himmel? Luc. 16, 19-31

Vortrag: (Windener) Gartenstraße 2, Sonntags, nachmittags 4 1/2 Uhr. Eintritt frei.

Bronchialkatarrh

Eine Forderung bei der Behandlung des Bronchialkatarrhs ist den auf den Bronchien lagernd, Schleim zu beseitigen und den Husten zu lösen.

Akker' Abtei-Sirup

wirkt nach dieser Richtung hin schleimlösend und erleichternd. Akkers Abtei-Sirup ist ein wohl-schmeck. Mittel b. Bronchialkatarrh

Flasche — 230 Gr. M. 3.—
— 500 Gr. M. 6.—
— 1000 Gr. M. 9.—

Zu beziehen durch die Apotheken.
Eine Schrift üb. Akkers Abtei-Sirup kostenlos durch L. J. Akker, Emmerich a. Rhein.

Wichtig für die Hausfrauen!
Konservenglasöffner „Buh.“

Kein Springen der Gläser und Deckel!

Kein Beschädigen d. Ringe mehr beim Öffnen!

Daher unentbehrlich für jeden Haushalt.

Ferner empfehlen wir:
Einfachgläser, Prima Gummringe, Steintöpfe, Geleesgläser, Korbflaschen für Del usw., Buttermaschinen, Hackmaschinen, Waschmaschinen (Eichenholz), saub. Ausführung, Kochmaschinen, Kochöfen, Frische u. Dauerbrandöfen, Kesselöfen und sämtliche Ersatzteile, Wassereisen, Pflasterplatten, Kuchenpfannen, Rasenbrenner usw. usw., Maschinenöl u. Fette

Schrader & Mathes,
Lübberstr. 13.

Presshüte
zum Winter
bitte jetzt zu bringen.
F. W. Pankoke.

Wir kaufen die
Nummern 157 und 177
zurück.
Herforder Zeitung für Stadt u. Land

Viktoria-Lichtspiele
Radewigerstrasse 24.

Hervorragender
Sonntags-Familien-Spielplan,
zu welchem Jugendliche und Kinder
 Zutritt haben!

**Das Volk
steht auf!**

Grosses vaterländisches Schauspiel in 6 Akten!
Grosse Massenszenen!
Glänzende Inszenierung!

**Adam!
wobist du?**

Köstliches Lustspiel in 2 Akten mit
Anna Müller-Lincke i. d. Hauptrolle

Lichtspielhaus Wietkind.
Hauptstrasse 69, Herford.

Von Sonnabend bis Montag:
Grosser Künstler-Spielplan!

Hella Moja | Viggo Larsen
| Anna Müller-Lincke

Heide-Gretel.
Ein Lebensbild in 4 Akten.
Personen:
Der Fürst ... Magnus Stifter
Die Oberhofmeisterin ... Toy Tetzlaff
Der Kammerherr ... Max Rahbeck
Gretel ...
Pankratius, Balletmeister ... Julius Roether
Der junge Jäger Konrad ... Carl Lange
Der Mooskrugwirt ... Ernst Benzinger
Brigitte, die Haushälterin Pankratius ... Lina Paulsen
* * * **H. Moja.**

Sein letzter Seitensprung.
Lustspiel in 3 Akten.
In der Hauptrolle der beliebte Darsteller:
Viggo Larsen.

Die Königin des Humors
Anna Müller-Lincke
in:
Der Goldfisch aus dem Hinterhaus.
Lustspiel in 2 Akten.

Ab Sonnabend, den 24. August:
Egede Nissen
in:
Der geizige Tod.
In Kürze:
Henny Porten
in:
Agnes Arnau und ihre drei Freier.
Lotte Neumann u. Bruno Kastner
in:
Die Buchhalterin.

**Vorbereitungsanstalt
Hansa**
für
Einjährige, Primaner, Abiturienten in 6 bis 12 Monaten. Glänzende Erfolge seit 1900. Pension im Hause mit steter Aufsicht und Nachhilfe. Eintritt täglich.

Für Kaufleute, Beamte und Militär besondere **Abendkurse.**
von Rodziewicz,
Hannover, Aegidientorplatz 4, Hansahaus

Drucksachen aller Art liefert schnell und preiswert
Fernruf 83. Buchdruckerei Fr. Kahle, Rennstr. 29/31

**Arbeiter
und
Arbeiterinnen
gesucht.**
Weißtälisches Textilwerk
Erwin Seidel,
Elberdiffen bei Herford i. W.

PIANOS der angesehensten
Berdux - Faurich - Bach u. a. m. Allein-Vertreter **B. Kemp,** Bielefeld,
Knauss - Mand-Steinweg (M.D. Maas Nchl.) Oberntorwall 32.

Brinkmann's Konzertgarten.
Sonntag, den 18. August 1918, abends 8 1/2 Uhr.
Konzert.
Eintritt 50 Pfg.

Theater in Brinkmanns Saal.
Deutsche Operetten - Tournee-Direktion L. W. Probst, Berlin.

Zweimaliges großes Gastspiel!
Dienstag, den 20. August, abends 8 Uhr:
Die Rose von Stambul. Op. in 3 Akte v. Leo Fall
Mittwoch, den 21. August, abends 8 Uhr:
Drei alte Schachteln. Op. in 3 Akte v. Walter Foll
4 Uhr: **Kindervorstellung: Die Rotkäppchen.**
Beide Operetten mit ganz neuer Ausstattung und prachtvoller Kostümen. — Militär-Orchester. Dirigent: Kapellmeister Erichsen.
Alleiniges Aufführungsrecht!
Preise der Plätze einfach. Steuer: Im Vorverkauf Buchhandlung, Herford: 3.30, 1. Pl. 2.20, 2. Pl. 1.65, 3. Pl. 1.10. An der Kasse nachmittags 1.10, 70 und 40 Pfg.

Arbeiterinnen
gesucht.

Simonswerk G. m. b. H.
Rheda Bez. Minden.

Schafverkauf.
Am Sonnabend, den 24. August, nachm. 2 Uhr, werden auf Auttergut Oberhöfne
35 Lämmer
darunter 14 Böde Rambouillet mit besonders hoher und wertvoller Wollung, öffentlich meistbietend verkauft. Genehmigung zum Verkauf wird durch Uebervachungsbeamten im Termin erteilt. Ferner wird ein überzähliges **Alckpferd** mit verkauft.

Gutsverwaltung Oberhöfne.

Laterna magica
(Skioptikon)
u. Vergrößerungs-Apparat abzugeben
Gartenstraße 36.

Schwein
(Stange) zu kaufen gesucht.
Wo jagt die Geschäftst. d. Zeitung unter Nr. 9611.

Land- und Wiesenmiete
muß bezahlt werden.
Karl Strelo.

Kontrollkassen
zu kaufen gesucht.
Nachfragen u. Nr. 9591 in d. Geschäftsst. d. Zeitung.

Gas- oder Kohlenbadeofen
zu kaufen gesucht.
Nachfragen unt. Nr. 9563 in d. Geschäftsst. d. Zeitung.

Wohnhaus
mit circa 600 qm großem Garten, Friedhofstraße 2, von Erben zugewandt, soll unter günstigen Bedingungen verkauft werden. Das Wohnhaus, circa 20 Jahre alt, in gutem Zustande, enthält 14 wohnbare Räume, ist ganz unterkellert, läßt sich der Lage wegen für jeden kleineren Geschäftsbetrieb einrichten. Näheres bei **Gottl. Meyer,** Friedhofstraße 12.

Zweiterlebenslustige junge Damen
such. Bekanntsch. zwecks Heirat mit zwei älter. Herren, Landm. oder Beam. sind nicht ausgeschl. Nur ernstgemeinte Offerten sind zu richten unter R. V. 9593 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

14 bis 15-jähriges **Mädchen**
für morgens gesucht.
Friedhofstr. 8, 1. Etg.

Polierergehilfen
eine **Mäherin**
und einen kräftigen **Arbeiter.**
Wettl. Matrasenfabrik
Schüttiger & Schierbaum.

Zur Uebervachung der Kleinbahn
an der Salzküppelstraße bei Holmann benötigen wir einen **Kriegsinvaliden.**
Die Herforder **Wirt-Genossenschaft**
Näheres Auskunft bei **Gust. Rinkmeyer.**

Ein **Postillion**
gesucht.
Tilker, Posthalter

Für unsere Lebensmittellieferungsstelle werden ein **Lagerhalter**, möglichst fachkundig, und **Arbeiter** gesucht.
Meldungen: Rathshaus, Herford, den 7. Aug. 1918.
Der Magistrat.

Stoppelrübensamen
geben in großen und kleinen Mengen ab
Weißtälische Gemüse- u. Obst-Vermittelung,
Herford, Elberdiffenstraße 6.

Arbeiter u. Arbeiterinnen,
nicht unter 17 Jahren, gesucht
Gustav Bogelsang,
Waltgerstraße 10.

Junges Mädchen,
mit sämtl. Kontrarbeitern vertraut, besonders Maschinen-schreiber und Stenographin schon längere Zeit in der Post tätig, wünscht zum 1. Okt. a. d. Stellung. Gute Zeugnisse stehen zur Verfügung.
Gefl. Angebote unter E. 9584 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Junges Mädchen,
welches die Handelschule besucht, wünscht Stellung zum 1. Oktober.
Angebote unt. Nr. 9594 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Wir suchen sofort einen **Polierergehilfen** und einen kräftigen **Arbeiter.**
Wettl. Matrasenfabrik
Schüttiger & Schierbaum.

Zur Uebervachung der Kleinbahn
an der Salzküppelstraße bei Holmann benötigen wir einen **Kriegsinvaliden.**
Die Herforder **Wirt-Genossenschaft**
Näheres Auskunft bei **Gust. Rinkmeyer.**

Ein **Postillion**
gesucht.
Tilker, Posthalter

Für unsere Lebensmittellieferungsstelle werden ein **Lagerhalter**, möglichst fachkundig, und **Arbeiter** gesucht.
Meldungen: Rathshaus, Herford, den 7. Aug. 1918.
Der Magistrat.